



Für die Heimat

Artur Auernhammer



CSU

Mehr unter 02/2019
artur-auernhammer.de



Der Digitalpakt Schule ist beschlossen

Der Bundestag hat am 21. Februar den Digitalpakt Schule mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit beschlossen. Die ursprünglich im November 2018 mit nur 87 Gegenstimmen verabschiedete Grundgesetzänderung des Bundestags stieß im Bundesrat auf erheblichen Widerstand. Bund und Länder haben sich nun im Vermittlungsausschuss auf einen für beide Seiten zufriedenstellenden Kompromiss geeinigt.



Fünf Milliarden Euro werden vom Bund bereitgestellt

Der Kompromiss sieht vor, dass der Bund künftig Geld für die Bildungsinfrastruktur zur Verfügung stellen kann. Im Rahmen des

Digitalpakts wird der Bund den Ländern innerhalb von fünf Jahren fünf Milliarden Euro für Laptops oder Tablets in den Schulen bereitstellen. Damit können Schüler und Lehrer an 40.000 Schulen auf neuere Computer, besseres Internet und digitale Lehrmittel hoffen. Erste Projekte sollen bereits dieses Jahr angeschoben werden.

Mittel sind zweckgebunden

Die Finanzhilfe soll zusätzlich zu eigenen Mitteln der Länder fließen. Die Länder sind zudem zur Auskunft über die Verwendung der zweckgebundenen Mittel verpflichtet. Der Bund behält so die Kontrolle darüber, ob seine Finanzmittel auch tatsächlich für den vorgesehenen Zweck eingesetzt werden.



Allen eine fröhliche
Faschingszeit!

Ihre Meinung ist mir
wichtig!



Bürgersprechstunde am
29. März 2019
von 11 bis 13 Uhr

Jägerndorfer Str. 1a in Ansbach



Kinder besser vor Missbrauch schützen

Die CSU-Bundestagsfraktion beschließt das Positionspapier „Sexuellen Kindesmissbrauch bekämpfen“. Für die Unions-Bundestagsfraktion gehört der Kampf gegen sexuellen Missbrauch von Kindern und Jugendlichen zu den wichtigsten kinderpolitischen Aufgaben, so MdB Artur Auernhammer.

Mit einem großen Maßnahmenpaket nehmen wir deshalb den Kampf für einen wirksameren Schutz von Kindern und Jugendlichen auf. Die Aussichten stehen gut, dass man sich zügig mit dem Koalitionspartner über Verbesserungen einig wird. Bei diesem Thema ist man sich schon bei den Koalitionsverhandlungen einig gewesen. Auf der Basis des Papiers werden wir jetzt mit dem Koalitionspartner sprechen, um zu sehen, wie man die Vorschläge schnell umsetzen kann, so Artur Auernhammer.

Werbeverbot bleibt bestehen

Am 21.2.2019 hat der Deutsche Bundestag den Gesetzentwurf zur Verbesserung der Information über einen Schwangerschaftsabbruch angenommen. Für die CSU standen zwei wesentliche Aspekte in der Diskussion im Mittelpunkt: der Schutz des ungeborenen Lebens und der Schutz der Frau vor unangemessener Beeinflussung in einer Konfliktsituation. Die Beibehaltung des Verbots offener Werbung für Abtreibungen in Paragraph 219a stellt dabei einen nicht verhandelbaren Baustein dar. Die Entscheidung für eine Abtreibung soll weiterhin erst im Konfliktberatungsgespräch oder danach getroffen werden und nicht schon vorher aufgrund relativierender und banalisierender Werbung feststehen. Frauen, die ungewollt schwanger werden und Hilfe und Unterstützung brauchen, werden künftig in allen Beratungsstellen darüber informiert, welche Ärzte Schwangerschaftsabbrüche vornehmen. Ärztinnen und Ärzten wird es zudem erlaubt, auf ihrer Homepage darüber zu informieren, dass sie Schwangerschaftsabbrüche vornehmen.

Der Wolf beschäftigt den Deutschen Bundestag

Artur Auernhammer nahm die erneute Debatte zum Wolf zum Anlass, das Bundesumweltministerium aufzufordern, endlich Vorschläge zu einer Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes vorzulegen. Der Deutsche Bundestag hatte das Umweltministerium bereits im Juni 2018 damit beauftragt.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion fordert in ihrem Positionspapier Möglichkeiten des Abschusses von Einzeltieren bereits bei ernstesten Schäden und die Möglichkeit der Entnahme mehrerer Tiere bei bestimmten Gefährdungslagen, wenn die Probleme nicht eindeutig einem Tier zugeordnet werden können. Diese Regelungen sind mit den bestehenden Spielräumen, die

die FFH-Richtlinie (Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie) bereits heute bietet, darstellbar. Der rechtlich geregelte Abschuss von Wölfen sei die einzige Möglichkeit, bei Weidetierhalten Akzeptanz zu schaffen und den Anforderungen im Gebirge und Tourismusgebieten Rechnung zu tragen. Die bisher vorgesehenen Maßnahmen, die Förderung von Zäunen und Herdenschutzhunden, wären vor allem im Alpenraum nicht ausreichend. Neben dem reinen Kostenfaktor, der in dem bergigen Gelände weitaus

höher ausfalle, als in der Fläche, seien Zäune und Herdenschutzhunde in touristisch genutzten Gebieten nicht praktikabel, wie Erfahrungen in anderen europäischen Staaten zeigen, so Auernhammer.



Gerade in Bayern zeige sich, wie erfolgreicher Umwelt- und Naturschutz in Kooperation funktioniert

„Ich wäre froh, wenn das in anderen Bundesländern auch so gut laufen würde“, so Auernhammer.

So hat sich fast jeder zweite Landwirt in Bayern vertraglich dazu verpflichtet, über die gesetzlichen Regelungen hinaus, mehr für den Umwelt- und Naturschutz zu tun. Dies erfolgt über das Kulturlandschaftsprogramm (KULAP) oder das Vertragsnaturschutzprogramm (VPN). Rund 40 Prozent der landwirtschaftlichen Flächen in Bayern wird auf diesem Weg nach den Vorgaben der Agrarumweltprogramme gefördert.

Honoriert wird dies über die zweite Säule der EU-Agrarpolitik. Durch die im Volksbegehren geplanten gesetzlichen Regelungen würde die förderrechtliche Grundlage für den finanziellen Ausgleich in den bayerischen Agrarumweltprogrammen wegfallen. „Damit würden wir gerade den Bauern schaden, die sich bereits jetzt um den Umwelt- und Naturschutz verdient machen“, so Auernhammer.



Artenschutz kann nur miteinander gelingen

Nach dem erfolgreichen Volksbegehren zur Artenvielfalt betont Artur Auernhammer die Wichtigkeit, jetzt gemeinsam nach den richtigen Lösungen zu suchen. In diesem Zusammenhang begrüßt er die Einrichtung des runden Tisches unter der Leitung von Alois Glück.

„In Zuge des Volksbegehrens ist bisher nur über die Landwirte, aber nicht mit ihnen geredet worden“, bedauert Artur Auernhammer. Dabei sei der Erhalt der Artenvielfalt natürlich auch im Sinne der Landwirtschaft.

„Die große Gefahr bei den geplanten Regelungen im Volksbegehren ist, dass insbesondere die kleinen landwirtschaftlichen Betriebe langfristig aufgeben könnten“, befürchtet Auernhammer. Dabei seien es aber gerade diese Betriebe, die sich um den Naturschutz kümmern. Denn bereits heute würde die Landwirtschaft einen enorm großen Beitrag im Sinne der Biodiversität leisten. Dies werde aber vom Volksbegehren überhaupt nicht berücksichtigt. Gerade in Bayern zeige sich aber, wie erfolgreicher Umwelt- und Naturschutz in Kooperation funktionieren.

Lösungen, damit die Landwirte im Boot bleiben, sind gefragt.

Man brauche deswegen Lösungen, damit die Landwirte im Boot bleiben. Darüber hinaus sei ein weitergehender Ansatz notwendig, als lediglich der Landwirtschaft einseitig Vorschriften zu machen. „Jeder Einzelne kann seinen Beitrag zum Schutz der Artenvielfalt leisten“, führt Artur Auernhammer an. Dies gehe bei der Gestaltung von Privatgärten los, bis hin zum Verhalten bei zunehmenden Freizeitaktivitäten in umweltsensiblen Bereichen.



Bundesminister Scheuer beim A6-Ausbau ge- sprächsbereit

Bundesminister Andreas Scheuer werde sich einer Diskussion über die Aufnahme der A6 im Landkreis Ansbach in den Straßenbauhaushalt nach Abschluss der Projektplanungen — auch für einzelne Teilabschnitte — nicht verweigern. Voraussetzung dafür sei aber, dass zunächst vollziehbares Baurecht geschaffen werde. Dies erklärte der Verkehrsminister gegenüber dem Bundestagsabgeordneten Artur Auernhammer und Landrat Dr. Jürgen Ludwig, die dem Minister die Anliegen der Teilnehmer der Verkehrskonferenz zur A6 vom 12.11.2018 in einem Schreiben darlegten.

Gemeinsame Anstrengungen zahlen sich aus

Aus der Sicht von Artur Auernhammer zeige die Antwort des Bundesministers, dass sich die gemeinsamen Anstrengungen auszahlen. Es sei ein wichtiges Signal für unsere Region und ein erster entscheidender Schritt hin zu einem schnelleren A6-Ausbau. Auernhammer appellierte, dass die Planung der Teilabschnitte durch die Autobahndirektion Nordbayern nun schnell vorangehen und die Planfeststellungsverfahren ohne größere Schwierigkeiten abgeschlossen werden und Baurecht geschaffen werde.

„Trotz der Zusage halte ich es aber weiterhin für wichtig, dass unsere Städte und Gemeinden dem Bundesverkehrsministerium darlegen, dass ein schneller Ausbau auch aus ihrer Sicht alternativlos ist“, so der Abgeordnete.



Sicherheit im Sport

Sport und Bewegung sind gesund und haben positive Effekte für Wohlbefinden, Gesundheit und Lebensqualität. Doch gleichzeitig ereignen sich rund 2 Millionen Sportunfälle pro Jahr in Deutschland. Beim Parlamentarischen Frühstück der Stiftung „Sicherheit und Sport“ unter der Schirmherrschaft von MdB Artur Auernhammer, der kurzfristig die Vertretung des Parlamentarischen Staatssekretärs Stephan Mayer übernommen hatte, wurde die Wichtigkeit der Unfallprävention im Sport aufgezeigt. Gemeinsam mit dem Kuratoriumsvorsitzenden, dem ehemaligen Bundesminister Franz Müntefering, wurden die Folgen der Verletzungen im Sport ebenso wie die Möglichkeiten zur Unfallvermeidung intensiv diskutiert.



Ehrung der mittelfränkischen Motorsport-Meister

Kürzlich wurden im Beisein von Artur Auernhammer in Herrrieden-Schernberg die mittelfränkischen Motorsport-Meister des Jahres 2018 geehrt. „Motorsport ist ein beeindruckender Sport. Dabei werden ständig Fitness, Konzentration und schnelles Reaktionsvermögen gefordert“, so Auernhammer, was letztlich auch die Sicherheit im Straßenverkehr fördere.



27. März

UNBEDINGT
VORMERKEN!



MdB Dr. Silke Launert im Wahlkreis

Am Mittwoch, 27.03.19 veranstalten der CSU-Ortsverband Leutershausen, die Frauen Union im Landkreis Ansbach sowie Bundestagsabgeordneter Artur Auernhammer eine Informationsveranstaltung zum Thema „Familienpolitik“ mit Frau Dr. Silke Launert, MdB, Mitglied im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Beginn ist um 19.00 Uhr im Kulturhaus (Saal DG), Am Ochsenhof 3, 91578 Leutershausen.



Jahresempfang des Bayerischen Sportschützenbundes in München



Foto: Artur Auernhammer, Ministerpräsident Dr. Markus Söder und Michael Meier

Was wäre unser Bayern ohne seine Schützen? Ihr gesellschaftliches Engagement ist Dank ihres Vereinslebens ein wichtiger Garant für unsere Lebensqualität in unserer Heimat.

So erreichen Sie mich in Berlin:

Deutscher Bundestag
Artur Auernhammer MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030.227-78797
Artur.Auernhammer@bundestag.de

www.artur-auernhammer.de

Mehr unter  

Aktuelle Publikation im Download

Bundesministerium für Landwirtschaft und Ernährung

CDU/CSU Fraktion im deutschen Bundestag

Bestellservice des Deutschen Bundestag